Planverfahren zur Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Harztor

umweltrelevante Stellungnahmen der Fachbehörden

aus dem Verfahrensschritt der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB



Thüringer Landesverwaltungsamt · Postfach 22 49 · 99403 Weimar

Stadtplanungsbüro Meißner & Dumjahn GbR Käthe-Kollwitz-Straße 9 99734 Nordhausen

per E-Mail

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in städtebaulichen Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB

Stellungnahme zum Vorentwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Harztor, Landkreis Nordhausen (Bereich des Bebauungsplanes Nr. 21 "Eberthof") im OT Niedersachswerfen (Planstand: September 2025)

2 Anlagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die o.g. Bauleitplanung werden folgende durch das Thüringer Landesverwaltungsamt zu vertretende öffentliche Belange berührt:

- Belange der Raumordnung (Anlage 1).

In der Anlage 2 erhalten Sie beratende planungsrechtliche Hinweise der höheren Verwaltungsbehörde nach dem BauGB (Sachgebiet 224.2). Diese Hinweise erfolgen unbeschadet der späteren Entscheidung gemäß § 6 BauGB.

<u>Hinweis:</u> Bitte beachten Sie bei künftigen Anfragen, dass das bisherige Referat 340 "Raumordnung, Bauleitplanung" ab dem 21.07.2025 als Referat 224 geführt wird.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag

gez.
Olaf Hosse
Referatsleiter
(ohne Unterschrift gültig, da elektronisch erstellt und gezeichnet)

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Frau Silke Lösch, Referat 224

Durchwahl:

Telefon +49 (361) 57 332-1128 Telefax +49 (361) 57 332-1602

Silke.Loesch@ tlvwa.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom: 23.09.2025

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben) 5090-224-4621/4914-2-287382/2025

Weimar 20.10.2025

Thüringer Landesverwaltungsamt Jorge-Semprún-Platz 4 99423 Weimar

tlvwa.thueringen.de

Besuchszeiten:

Montag-Donnerstag: 08:30-12:00 Uhr 13:30-15:30 Uhr Freitag: 08:30-12:00 Uhr

Bankverbindung:

Kontoinhaber: Freistaat Thüringen IBAN: DE80820500003004444117 BIC: HELADEFF820

Landesbank

Hessen-Thüringen (HELABA)

USt.-ID: DE367506321 Leitweg-ID: 16900334-0001-29

Informationen zum Umgang mit Ihren Daten im Thüringer Landesverwaltungsamt finden Sie im Internet unter: tlvwa.thueringen.de/datenschutz.
Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

Anlage 1 zum Schreiben vom 20.10.2025 (Zeichen: 5090-224-4621/4914-2-287382/2025)

Stellungnahme des Thüringer Landesverwaltungsamtes zu den Belangen der Raumordnung

1.		Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. in der Abwägung nicht überwunden werden können
	a)	Einwendungen
	b)	Rechtsgrundlage
	c)	Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung
2.		Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
	a)	Insgesamt durchzuführende Untersuchungen

- 3. ☐ Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
 - a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen
 - b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung

- 4. Weitergehende Hinweise
 - □ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands
 - Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Die vorgelegte Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Gemeinde Harztor bezieht sich auf den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 21 "Eberthof" im Ortsteil Niedersachswerfen, zudem mehrere Stellungnahmen abgegeben wurden. In diesen wurden nachvollziehbare Aussagen zum Bedarf an weiteren Wohnbauflächen im geplanten Umfang gefordert.

Das Planverfahren wurde damals abgeschlossen und der nach § 13b BauGB aufgestellte Bebauungsplan erlangte Rechtskraft. Durch die vom BVerwG festgestellte Unwirksamkeit des § 13b BauGB müssen der Bebauungsplan und die erfolgte Berichtigung des FNP durch entsprechende Verfahren nachträglich geheilt werden.

Die Änderung des FNP umfasst eine Fläche von ca. 1,8 ha im nordöstlichen Bereich des o.g. Bebauungsplanes, deren Darstellung im FNP von Fläche für die Landwirtschaft in Wohnbaufläche bzw. im Bereich des Überschwemmungsgebietes der Bere in Grünfläche mit der Zweckbestimmung Hausgärten geändert werden soll.

Die in der Abwägung zum Bebauungsplan erwähnte Fortschreibung des FNP der Gemeinde Harztor, die aufgrund des Alters der FNP der früheren Gemeinden (z.B. FNP Niedersachwerfen 2003) dringend erforderlich ist, wurde bisher nicht angestoßen, eine aktuelle Wohnbauflächenbedarfs- und Potentialanalyse liegt somit weiterhin nicht vor. Ob der Umfang der Bauflächen dem gemeindebezogenen Bedarf entspricht (vgl. Grundsatz 2.4.1 des Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 (LEP), GVBI 6/2014 vom 04.07.2014, geändert durch Verordnung vom 05.08.2024, GVBI 12/2024 vom 30.08.2024), kann somit nicht bewertet werden.

Da es sich um einen Bereich handelt, der bereits in einem rechtskräftigen Bebauungsplan überplant war und auf dessen Grundlage einzelne Gebäude bereits errichtet wurden, kann die vorgelegte 11. Änderung des FNP trotzdem grundsätzlich akzeptiert werden. Die hier bestehenden Potentiale sind bei der Fortschreibung/Neuaufstellung des FNP in eine Wohnbauflächenbedarfsanalyse einzubeziehen.

Aufgrund der Lage von Teilflächen des Änderungsbereiches im Überschwemmungsgebiet der Bere, welche im Entwurf des geänderten Regionalplans Nordthüringen (E-RP-NT, Beschluss-Nr. 33/01/2018 vom 30.05.2018) auch als Vorranggebiet Hochwasserrisiko festgelegt sind wird mindestens eine Abarbeitung der Prüfpflichten bezüglich der Risiken von Hochwassern gemäß Länderübergreifendem Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH, BGBI. I S. 3712 vom 25.08.2021) für erforderlich erachtet.

Insbesondere das Ziel I.1.1 (Z) ist zu beachten: "Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich der Siedlungsentwicklung sind die Risiken von Hochwassern nach Maßgabe der bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten zu prüfen; dies betrifft neben der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Hochwasserereignisses und seinem räumlichen und zeitlichen Ausmaß auch die Wassertiefe und die Fließgeschwindigkeit. Ferner sind die unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen in die Prüfung von Hochwasserrisiken einzubeziehen."

Mit dem Begriff "Hochwasser" sind neben Überschwemmungen durch Flusshochwasser auch Überschwemmungen durch Starkregenereignisse gemeint. <u>Die Prüfung ist in der Begründung zu dokumentieren.</u>

Daten für die genannte Prüfung finden Sie u.a. unter den folgenden Links: https://tlubn.thueringen.de/wasser/ueberschwemmungs-und-hochwasserrisikogebiete https://tlubn.thueringen.de/klima/extrem/starkregen

Beratende planungsrechtliche Hinweise der höheren Verwaltungsbehörde nach dem BauGB zum Planverfahren und Planentwurf

Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Harztor stellt den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 21 in Gänze als Fläche für die Landwirtschaft dar. Der Flächennutzungsplan entsteht in einem aufwendigen Planungsprozess und hat die Aufgabe, die städtebauliche Entwicklung – als Selbstbindung der Gemeinde – zu steuern. Er stellt damit ein umfassendes Bodennutzungskonzept dar. Somit ist für die Ausweisung von neuen Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan stets eine entsprechende methodische Ermittlung des Wohnbauflächenbedarfs aus gesamtgemeindlicher Perspektive erforderlich.

Der Bedarf an neuen Wohnbauflächen muss begründet sein, auch wenn im vorliegenden Fall wegen der Entstehungsgeschichte des Bebauungsplanes (zunächst Aufstellung nach § 13b BauGB) bereits einige Wohngebäude errichtet worden sind. Festzustellen ist, dass die Begründung zur 11. Änderung keinerlei Erläuterungen enthält, weshalb und in welchem Umfang einerseits ein Bedarf nach Wohnbauflächen vorhanden ist und weshalb andererseits dieser Bedarf in bestehenden Potentialflächen (Baulücken / Brachen / Leerstand im Innenbereich nach § 34 BauGB und Flächen in Bebauungsplangebieten, wo Baurecht nach § 30 BauGB besteht) nicht gedeckt werden kann.

Vor einer Flächenneuinanspruchnahme im planungsrechtlichen Außenbereich bedarf es stets einer konsequenten Ermittlung und Nutzung der Flächen, die der Nachverdichtung, der Umoder Wiedernutzung oder die für einen Rückbau mit anschließendem Neubau infrage kommen. Leerstände in Gebäuden sind möglichst wieder einer Nutzung zuzuführen.

Auch wenn im vorliegenden Fall die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplanes formell als nachträgliches Heilungsverfahren durchgeführt wird, sind die im BauGB verankerten städtebauliche Prämissen, wie insbesondere der Vorrang der Innenentwicklung (vgl. Bodenschutzklausel des § 1a Absatz 2 Satz 1, § 1 Absatz 5 Satz 3 BauGB), stets zu beachten bzw. muss eine erkennbare Auseinandersetzung mit diesen Prämissen stattfinden.



Landratsamt Nordhausen • Postfach 10 06 64 • 99726 Nordhausen

Stadtplanungsbüro Meißner & Dumjahn GbR Käthe-Kollwitz-Straße 9 99734 Nordhausen Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

23.09.2025

Unser Aktenzeichen/ Kassenzeichen:

60.3 - 11. Änder. F-Plan "Eberthof"

NSW

Auskunft erteilt:

Frau Körner

Fachbereich: Dienstgebäude: 60 - Bau und Umwelt Behringstraße 3, Haus 1

Zimmer:

303

Telefon:

03631/911 6000

Telefax:

03631/911 3949

E-Mail: (nur für Schreiben ohne elektronische Signatur) umwelt@lrandh.thueringen.de

Datum:

22.10.2025

Planverfahren zur Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Eberthof (OT Niedersachswerfen) der Gemeinde Harztor

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB im o.a. Planverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend der vorgesehenen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange geben die Fachbereiche/Fachgebiete des Landratsamtes Nordhausen nachfolgende Stellungnahme ab.

Die genannten Hinweise, Bedenken sowie Festlegungen sind bei der geplanten Maßnahme zu beachten.

FB Bau und Umwelt

FG Bau – Untere Bauaufsichtsbehörde

Gegen den Vorentwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens der Unteren Bauaufsichtsbehörde keine grundlegenden Bedenken.

FG Bau – Untere Denkmalschutzbehörde

Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege, die von der Unteren Denkmalschutzbehörde gemäß Thüringer Denkmalschutzgesetz (ThürDSchG) zu vertreten sind, werden vom o.a. Planvorhaben nicht berührt.

Das Thüringischer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie wurde im Aufstellungsverfahren beteiligt. Die Stellungnahme ist entsprechend zu berücksichtigen.



Harz

FG Verkehrs- und Straßendienste - SG Kreisstraßen

Seitens des SG Kreisstraßen bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken.

Straße in der Baulast des Landkreises Nordhausen sind vom vorgelegten Flächennutzungsplan nicht betroffen.

FG Verkehrs- und Straßendienste – Untere Verkehrsbehörde

Gemäß den Unterlagen erfolgt die öffentliche Erschließung des Vorhabengebietes über die K 36 und vorhandene kommunale Straßen.

Bei der inneren Erschließung ist zu berücksichtigen, dass die künftigen Verkehrsflächen dem Nutzungsumfang entsprechend ausgebaut werden und die verkehrsrechtlichen Belange, wie Rettungszufahrten, Ver- und Entsorgung, Rangierabstände etc., den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die Unterbringung des ruhenden Verkehrs hat funktionsgerecht und in ausreichender Anzahl auf dem Vorhabengebiet zu erfolgen.

FG Immissionsschutz und Chemikalienrecht

Seitens des FG Immissionsschutz und Chemikalienrecht bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken.

Untere Wasserbehörde

Seitens der Unteren Wasserbehörde bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken.

Die Flächen des Plangebietes liegen innerhalb des Trinkwasserschutzgebietes (TWSZ) III. Hier gibt es mehrerer Wassergewinnungsanlagen, festgesetzt mit Beschluss des Kreistages Nordhausen vom 08.07.1976, Nr. 62-14/76.

Die für TWSZ III geltenden Festlegungen sind einzuhalten.

Entsprechend der Planung ist der Anschluss an die öffentlichen Ver- (hier: Trinkwasser) und Entsorgungsleitungen (hier: Abwasser) herzustellen.

Die Errichtung einer Anlage zur Versickerung von Niederschlagswasser bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde. Im Rahmen der Beantragung ist ein Versickerungsgutachten vorzulegen. Planung, Bau und Betrieb der Versickerungsanlage hat entsprechend dem DWA-Regelwerk Arbeitsblatt DWA - A 138 zu erfolgen.

Untere Bodenschutzbehörde

Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage





Commerzbank Nordhausen: BIC: COBADEFFXXX IBAN: DE65 8204 0000 0604 4200 00



Die Flächen im relevanten Standortbereich wurden in der Vergangenheit als Lagerflächen genutzt (Fahrzeuge, Bauschutt, Erdstoffe, etc.). Eine lokale schädliche Bodenveränderung kann nicht generell ausgeschlossen werden. Bei Erdbaumaßnahmen ist auf organoleptische Auffälligkeiten zu achten. Sollten sich Verdachtsmomente für das Vorliegen schädlicher Bodenveränderungen/ Altlasten oder einer Beeinträchtigung anderer Schutzgüter (Luft/ Wasser) ergeben, so sind diese im Rahmen der Mitwirkungspflicht sofort der Unteren Bodenschutzbehörde anzuzeigen, um gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Untere Naturschutzbehörde

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen seitens der Unteren Naturschutzbehörde keine Bedenken.

Fachliche Stellungnahme

Die Vorhabenfläche befindet sich im Naturpark "Südharz". Das Vorhaben ist nicht von den Verboten des § 4 der Thüringer Verordnung über den Naturpark Südharz vom 01. Dezember 2010 betroffen.

Die konkreten Auswirkungen der Änderungen des F-Plans können erst auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung ermittelt und bewertet werden. An dieser Stelle sei auf die in der vorgelegten Planung genannten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Plangebiet als auch die genannten externen Ausgleichsmaßnahmen (S. 22 v. 24) verwiesen.

FG Abfallwirtschaft und Deponie

Gegen das Vorhaben gibt es seitens des FG Abfallwirtschaft und Deponie keine Bedenken.

FB Büro des Landrates und Zentrale Dienste

FG Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus Sicht des Brandschutzes keine Bedenken.

Stab Kreistag, Wirtschaft & Tourismus, Personal und IT

Seitens des Bereiches Wirtschaftsförderung bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken.

Rechtsangelegenheiten - FG Beteiligungen, ÖPNV

Seitens des FG Beteiligungen und ÖPNV bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken.



Kreissparkasse Nordhausen
BIC: HELADEF1NOR
BAN: DE45 8205 4052 0035 0125 67
BAN: DE45 8205 4052 0035 0125 67



FB Gesundheitswesen

FG Hygiene/Infektionsschutz

Seitens des FG Hygiene und Infektionsschutz bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken

Freundliche Grüße

endricke Landrat







Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr Postfach 171 37321 Leinefelde-Worbis

Stadtplanungsbüro Meißner & Dumjahn GbR Herrn Andreas Meißner

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Christin Stachowski

Durchwahl:

Tel. +49 361 57-4174405 Fax +49 361 57-4174402

Christin.Stachowski@tlbv.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Eberthof (OT Niedersachswerfen) der Gemeinde Harztor

Ihre Nachricht vom:

23. September 2025

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben)

5010-43.1-4318/489-31-250142/2025

Leinefelde-Worbis 01. Oktober 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Sichtung der Unterlagen kann der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Eberthof zugestimmt werden.

Die verkehrliche Erschließung des überplanten Gebietes erfolgt über das kommunale Straßennetz mit Anbindung an die K 36.

Belange der Straßenbauverwaltung werden nicht berührt. Die Bauverwaltung des Landkreises, als Baulastträger der Kreisstraße, ist zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag

gez. Susanne Zimmermann (ohne Unterschrift, Schreiben elektronisch erstellt)

Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr

Hauptsitz: Hallesche Straße 15 / 16 99085 Erfurt Tel. +49 361 57-4135454 Fax +49 361 57-4135499

Region Nord Siemensstraße 12 37327 Leinefelde-Worbis Tel. +49 361 57-4174 0 Fax +49 361 57-4174402

www.tlbv.de

Ust.-ID: DE183598273





Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum Naumburger Str. 98 | 07743 Jena

Stadtplanungsbüro Meißner & Dumjahn GbR Käthe-Kollwitz-Str. 9 99734 Nordhausen

Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Eberthof (OT Niedersachswerfen) der Gemeinde Harztor Beteiligung Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB Stellungnahme Träger öffentlicher Belange - Landwirtschaft und Agrarstruktur

Am 23. September 2025 sind die Antragsunterlagen im Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und ländlichen Raum (TLLLR), Referat 42, Zweigstelle Bad Frankenhausen eingegangen. Zur frühzeitigen Beteiligung nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Gemeinde Harztor möchte mit der 11. Änderung des FNPs im Bereich Eberthof im Ortsteil Niedersachswerfen eine Wohnbaufläche darstellen. Damit soll die Entwicklungsgrundlage für die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 21 Eberthof hergestellt werden.

Dieser Bebauungsplan wurde bereits im Jahr 2020 rechtskräftig. Da das Planverfahren gemäß dem damals geltenden § 13b BauGB durchgeführt wurde und diese Vorgehensweise gemäß Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG 4 CN 3.22) als grober Verfahrensfehler gerügt wurde, soll dieser Bebauungsplan im Parallelverfahren gemäß § 214 (4) BauGB durch eine Umweltprüfung ergänzt werden. Dabei ist es das Ziel der Gemeinde Harztor, die textlichen und zeichnerischen Festsetzungen im Ergänzungsverfahren beizubehalten und lediglich durch die Festsetzung zusätzlicher Ausgleichsmaßnahmen zu ergänzen.

Der Geltungsbereich der vorliegenden 11. Änderung des FNP befindet sich in der Flur 2 der Gemarkung Niedersachswerfen und umfasst eine Fläche von ca. 1,8 ha. Das Gebiet ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Harztor aus dem Jahr 2003 als "Flächen für die Landwirtschaft" gem. § 6 (2) Nr. 9a BauGB dargestellt. Dabei handelt sich jedoch um ein bereits vorbelastetes bzw. teilbebautes Gebiet, welches nicht in einem landwirtschaftlich bewirtschafteten Feldblock liegt. Außerdem befindet sich der Geltungsbereich nicht in einem Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet, welches durch

Wir bitten um Beachtung!

Briefsendungen senden Sie bitte ausschließlich an die zentrale Postanschrift: Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum (TLLLR) | Naumburger Str. 98 | 07743 Jena Die Adressen der Zweigstellen stehen Ihnen für Besuche und Warensendungen weiterhin zur Verfügung.

Ihr/-e Ansprechpartner/-in:

Kirsten Eichentopf

Durchwahl:

Telefon +49 (361) 57-4136150 Telefax +49 (361) 57-4136299

Kirsten.Eichentopf@ tlllr.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

23. September 2025

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben) 5030-R42-4621/454-1-68720/2025

Bad Frankenhausen 29.09.2025

Informationen zum Datenschutz: www.tlllr.thueringen.de/datenschutz

Anschrift für Besuche und Warensendungen:

Zweigstelle Bad Frankenhausen Kyffhäuserstraße 44 06567 Bad Frankenhausen

Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum (TLLLR)

Umsatzsteuer-IdNr.: DE150546624 Leitweg-ID E-Rechnung: 16909051-0001-89 (https://xRechnung-bdr.de)

poststelle@tlllr.thueringen.de www.tlllr.thueringen.de

Naumburger Str. 98 07743 Jena

Telefon +49 (361) 57 4041-000 Telefax +49 (361) 57 4041-390 den Regionalplan Nordthüringen ausgewiesen wird. Die Flächen wurden bisher nicht landwirtschaftlich genutzt.

Aus diesen Gründen erheben wir keine Einwände zur Änderung der Flächen für die Landwirtschaft zur Wohnbaufläche gem. § 1 (1) BauNVO.

Umweltbericht:

Der Umweltbericht gemäß § 2(4) und § 2 a Satz 2 Nr. BauGB wurde als Teil II der Begründung zur 11. Änderung des FNP beigefügt. Darin heißt es u.a., dass die enthaltenen Aussagen auf den Aussagen des Umweltberichts im Rahmen des ergänzenden Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 21 "Eberthof" (nachgeordnetes Planverfahren) abgestellt und mit diesen im Verbund zu betrachten ist.

Eine konkrete Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter wird durch die Planung auf die parallel durchgeführte Ebene der verbindlichen Bauleitplanung, hier im ergänzenden Verfahren gem. § 214 (4) BauGB zum B-Plan Nr. 21 "Eberthof" verlagert. **Unsere Behörde ist dabei zu beteiligen.**

Bereits jetzt möchten wir auf folgende Forderungen der Agrarstruktur hinweisen:

- Die Baugrenze bzw. der räumliche Geltungsbereich ist einzuhalten.
- Eventuelle Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind möglichst außerhalb der landwirtschaftlichen Nutzflächen zu planen. Es soll vielmehr auf andere Möglichkeiten wie z. B. auf Renaturierung nicht mehr genutzter Altstandorte, Rückbaumaßnahmen von Hochbauten und Flächenentsiegelung, auf Maßnahmen nach der Wasserrahmenrichtlinie zurückgegriffen werden. Landwirtschaftliche Splitterflächen können in dem Fall in Anspruch genommen werden, wenn die oben genannten Möglichkeiten nicht realisierbar sind. Diese Maßnahmen sind uns vorzulegen.
- Wir verweisen auf § 15 (3) BNatSchG: "Bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden."
- Bei vorgesehenen Anpflanzungen ist das Thüringer Nachbarrechtsgesetz (§§ 44, 46, 47) zu beachten. Ebenso die erforderliche Pflege, damit angrenzende landwirtschaftliche Nutzflächen nicht beeinträchtigt werden.

Die Rechtsgrundlagen dazu bilden die agrarstrukturellen Belange entsprechend dem Thüringer Staatsanzeiger 34/2005, der Regionalplan Nordthüringen (RP NT), das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und das Thüringer Naturschutzgesetz (ThürNatG).

Das TLLLR, Ref. 42 Agrarstruktur ist gem. § 4 (2) BauBG erneut zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag

Kirsten Eichentopf

(ohne Unterschrift gültig, da elektronisch gezeichnet)



ThüringenForst · Burgstraße 53 · 99752 Bleicherode

Thüringer Forstamt Bleicherode-Südharz

Tel.: +49 36338 4416-0 Fax: +49 36338 4416-1

forstamt.bleicherodesuedharz@forst.thueringen.de

Gemeinde Harztor Ilgerstraße 23 99768 Harztor

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom 23.09.2025

Geschäftszeichen K-402-ap Bearbeiter / Durchwahl Herr Apel / 036338 44165

Datum 10.10,2025

Flächennutzungsplan Niedersachswerfen (Harztor)

hier: Stellungnahme zur 11. Änderung zum Flächennutzungsplan von Niedersachswerfen (Grundlage für den Bebauungsplan Nr. 21 von Niedersachswerfen)

Bezug: E-Mail zum Entwurf der 11. Änderung zum Flächennutzungsplan von Niedersachswerfen vom 23.09.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit E-Mail vom 23.09.2025 haben Sie dem Forstamt den Entwurf zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes von Niedersachswerfen zur Kenntnis gegeben. Nach Prüfung wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Erstellung des B-Planes Nr. 21 (Bereich Eberthof) unterlag einem Verfahrensfehler. Es wurde keine Umweltprüfung durchgeführt. Daraufhin wurde dieser unwirksam. Gleiches galt für den Bereich des Flächennutzungsplanes von Niedersachswerfen. Zur Heilung dieses Fehlers soll nunmehr ein ergänzendes Verfahren zunächst Flächennutzungsplan durchgeführt werden (incl. einer Umweltprüfung).

Das in Rede stehende Gebiet soll zu einem Großteil als Wohnbaufläche genutzt werden. Lediglich östlich der Überschwemmungsgebietsgrenze sind Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Hausgärten" vorgesehen.

Unter der Berücksichtigung des östlich vorgelagerten Waldes muss auch die einschlägige Abstandsregelung nach ThürWaldG eingehalten werden. Gem. § 26 Abs. 5 ThürWaldG i.d.F. vom 06.02.2024 ist aus Gründen der Gefahrenvermeidung bei der Errichtung von Gebäuden ein Abstand von 30 m zum Wald einzuhalten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung durch die untere Forstbehörde.

Dieser Wald besteht aus Weidenarten und Erlen im Oberstand. Im Unter- und Mittelstand befinden sich ebenfalls Erlen (Roterlen), Berg- und Spitzahorn. Im Oberstand beträgt die durchschnittliche Höhe derzeit 25 m. Die Höhen des Mittelstandes liegen bei 10-15 m und die des Unterstandes bei 3-5 m. Die potentielle Endhöhe der Waldbäume liegt unter den gegebenen standörtlichen Bedingungen bei 30 m.

Geschäftsanschrift

Thüringer Forstamt Bleicherode-Südharz Burgstraße 53 99752 Bleicherode

Zentrale

ThüringenForst Anstalt öffentlichen Rechts Hallesche Straße 20 99085 Erfurt

Tel.: +49 361 57401-2050 Fax: +49 361 57201-2250 zentrale@forst.thueringen.de www.thueringenforst.de

Verwaltungsratsvorsitzender Minister Tilo Kummer

Vorstand

Dipl.-Forsting. Volker Gebhardt Dipl.-Forstwirt Jörn Heinrich Ripken

Eingetragen beim

Amtsgericht Jena HRA 503042 St.-Nr.: 151/144/09607 USt.-ID: DE 811570658 Finanzamt Erfurt

Bankverbindung

ThüringenForst – FoA Bleicherode-Südharz Landesbank Hessen-Thüringen IBAN DE61 8205 0000 1302 0104 57 SWIFT-BIC HELADEFF820

Die hier bezeichneten E-Mail-Adressen sind nicht zur Übermittlung rechtsverbindlicher Anträge und Erklärungen geeignet. Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, dem Zweck der Datenverarbeitung, zu Ihren Rechten sowie Kontaktdaten für weitere Fragen zum Datenschutz finden Sie im Internet unter www.thueringenforst.de/datenschutz. Alternativ kontaktieren Sie uns: über die Kontaktdaten unserer Zentrale oder per E-Mail an datenschutz@forst.thueringen.de.



Da in dem Wohnbaugebiet (bzw. im B-Plangebiet) Gebäude zum Zwecke des Wohnens errichtet werden sollen, ist dort mit dem ständigen Aufenthalt von Menschen zu rechnen.

Um perspektivisch Gefahren sowohl für Leib und Leben als auch bezüglich Sachschäden an den Wohngebäuden, die vom Wald durch ggf. umstürzende Bäume oder herabfallende Äste ausgehen können, zu vermeiden, ist für die Wohnbaufläche bzw. Baugrenze ein Abstand von 30 m zum Wald einzuhalten. Die erforderliche Grenzverlauf ist aus der beiliegenden Anlage zu entnehmen. Dabei wurde eine kritische Fläche mit ca. 440 m² im Vergleich zur Entwurfsplanung ausgewiesen. Dieser Abschnitt darf nicht bebaut werden. Einer Nutzung als Grünfläche in diesem Bereich steht hingegen nichts entgegen

Abschließend sei noch erwähnt, dass sich im nordöstlichen Bereich des Plangebietes sich ein Gartenoder Wochenendhaus mit Gartengrundstück befindet. Dieses besitzt scheinbar Bestandesschutz.

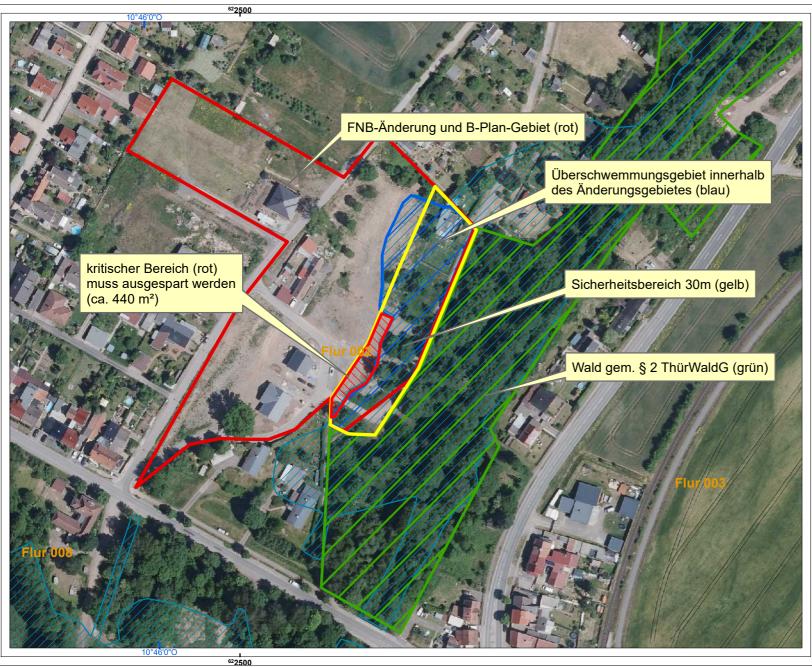
Unter der Berücksichtigung der o.g. Maßgaben wird ansonsten dem Entwurf zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Kaut Apel

Stelly. Forstamtsleiter

Anlage: Anlage



Legende FNP-AEND-Fläche Sicherheitsbereich Kritischer_Bereich Wald_ThürWaldG

Überschwämmungsgebiet

Anlage: FNP_NSW_11_Aend

Herausgeber: ThüringenForst - Anstalt öffentlichen Rechts Forstliches Forschungs- und Kompetenzzentrum Gotha Jägerstraße 1, 99867 Gotha, Tel: 03621-225-0

THÜRINGENFORST

Copyright / Datenquellen: Geobasidaten – Thüringer Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation; offentliche Straßen - HERE (p) Hexagon

apel_knut 10.10.2025

eMail

An:

Betreff: AW: Aufstellung der 11. Änderung des

Flächennutzungsplanes im Bereich Eberthof (OT

Niedersachswerfen) der Gemeinde Harztor "info@meiplan.de" <info@meiplan.de>

Von: r.kuehn@how-guv.de

Priorität: Normal Anhänge: 0

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf den oben genannten und per E-Mail vom 23.09.2025 übersandten Antrag mit Stand September 2025, haben wir diesen fachtechnisch geprüft und nehmen wie folgt Stellung:

Seitens des Gewässerunterhaltungsverbandes (GUV) bestehen vorbehaltlich der Beachtung nachfolgender Hinweise gegen die Planung grundsätzlich keine Einwände.

- 1. Die Bere ist im Sinne des Hochwasserrisikomanagement als Risikogewässer eingestuft.
- 2. Durch das TLUBN ist geplant im Jahr 2026 das Überschwemmungsgebiet (ÜSG) für die Bere zu aktualisieren. Insofern kann nicht ausgeschlossen werden, dass es im Ergebnis der hydraulischen Berechnungen zu Veränderungen an den ausgewiesenen Grenzen des ÜSG kommen kann.
- 3. Durch die Gemeinde ist die Erstellung eines integralen Hochwasserschutzkonzeptes (iHWSK) für die Bere geplant. Die Bearbeitung des Konzeptes wird auf Basis des aktualisierten ÜSG erfolgen und ist ab 2026 geplant. Insofern könnten in diesem Zuge auch Hochwasserschutzmaßnahmen für diesen Bereich entwickelt werden.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Robert Kühn

Verbandsingenieur/stellv. Geschäftsführer

Telefon: 03631 639-402 Mobil: 0162 2143942 E-Mail: r.kuehn@how-guv.de



Helme | Ohne | Wipper

Gewässer Unterhaltungs Verband

Gewässerunterhaltungsverband Helme/Ohne/Wipper Robert-Blum-Straße 1

99734 Nordhausen Telefon: 03631/639-400 E-Mail: <u>info@how-guv.de</u> www: www.how-guv.de

Von: Info <info@how-guv.de>

Gesendet: Dienstag, 23. September 2025 08:51 **An:** Robert Kühn <r.kuehn@how-guv.de>

Betreff: WG: Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Eberthof (OT

20.10.2025 09:38:58

Abwasserzweckverband "Südharz

Abwasserzweckverband Südharz", Kirchplatz 2, 99768 Harztor

Sprechzeiten:

Gemeinde Harztor Ilgerstraße 23

99768 Harztor OT Ilfeld

Montag Dienstag Mittwoch

Nach Vereinbarung

Bankverbindung:

Konto – Nr.:

Kreissparkasse Nordhausen

321 939 21

13.00 - 15.30

Donnerstag Freitag

8.00 - 11.30

Harztor, den 14.10.2025

Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Eberthof (OT Niedersachswerfen) der Gemeinde Harztor

- frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB sowie der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 (2) BauGB im o.a. Planverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens des AWZV "Südharz" ergeht zu o.g. Aufstellung nachfolgende Stellungnahme:

- 1. Das Gebiet "Eberthof" ist inzwischen sowohl schmutzwasser- als auch regenwasserseitig erschlossen.
- 2. Das anfallende Niederschlagswasser kann inzwischen also in das zentrale Regenwasserkanalsystem eingeleitet werden.
- 3. Unter Beachtung der vorgenannten Punkte stimmt der AWZV "Südharz" der Aufstellung Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Niedersachswerfen) der Gemeinde Harztor zu.

Telefon: 03 63 31 / 4 21 46 und 33 31 FAX : 03 63 31 / 4 93 94 e-mail : awzv-suedharz@t-online.de

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsstellenleiterin



12

Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (Behördenzentrale) Göschwitzer Straße 41, 07745 Jena

Stadtplanungsbüro Meißner & Dumjahn GbR Käthe-Kollwitz-Straße 9 99734 Nordhausen

Gebündelte Gesamtstellungnahme zum Vorentwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Harztor im Bereich Eberthof, OT Niedersachswerfen, Landkreis Nordhausen - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB und ThürstAnz Nr. 34/2005, S. 1538-1548 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zu o. g. Vorhaben hinsichtlich der vom Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) zu vertretenden öffentlichen Belange

- Naturschutz (Abteilung 3),
- Wasserwirtschaft I (Abteilung 4),
- Wasserwirtschaft II (Abteilung 5),
- Technischer Umweltschutz Genehmigungen (Abteilung 6),
- Technischer Umweltschutz Überwachung (Abteilung 7),
- Geologie/Bergbau (Abteilung 8)

übergebe ich Ihnen in der Anlage die gebündelte Stellungnahme des TI UBN.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

na Pustai Referatsleiterin

Umfangreiche Informationen zu Themen wie Geologie, Bodenkunde, Seismologie, Naturschutz, Hydrologie, Hochwassermanagement, Gewässerschutz, Luft, Lärm und unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen finden Sie im Kartendienst des TLUBN (www.tlubn.thueringen.de/kartendienst). Für eine schnellere und effizientere Bearbeitung Ihrer Anträge wird um die Bereitstellung von GIS-Daten im Shape-Format gebeten.

Bei Zugänglichmachung der gebündelten Stellungnahme durch Dritte - insbesondere in elektronischer Form - wird um Anonymisierung der personenbezogenen Kontaktdaten in geeigneter Form gebeten. Allgemeine Informationen zum Datenschutz im TLUBN finden Sie im Internet auf der Seite www.tlubn.thueringen.de/datenschutz.

Ihre Ansprechpartnerin:

Ina Pustal

Durchwahl:

Telefon +49 361 57 3941 620 Telefax +49 361 57 3941 666

post-toeb@tlubn.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

23. September 2025

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben) 5070-82-3447/1646-3-119231/2025

Jena 15. Oktober 2025

familienfreundlicher

Arbeitgeber

2022

prüfen bewerten auszeichnen

Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) Göschwitzer Straße 41 07745 Jena

poststelle@tlubn.thueringen.de

Umsatzsteuer-ID: DE812070140

Bitte senden Sie uns Rechnungen bevorzugt als E-Rechnung über das Portal https://xrechnung-bdr.de/. Unsere Leitweg-ID: 16901051-0001-70

Informationen zum **Datenschutz**, dem Umgang mit Ihren Daten im TLUBN und zu Ihren Rechten nach der EU-DSGVO finden Sie im Internet auf der Seite www.tlubn.thueringen.de/datenschutz

www.tlubn.thueringen.de

Abteilung 3: Naturschutz

Belange Naturschutz und Landschaftspflege

anspieci	risprecripartirer. Kainer Karsten	
el.: +49 361 57 3941 364		
E-Mail: ra	ainer.karsten@tlubn.thueringen.de	
Geschäftszeichen: 5070-32-3447/1646-3		
	keine Betroffenheit	
	keine Bedenken	
	Bedenken/Einwendungen	
X	Stellungnahme, Hinweise, Informationen	

Die ONB hat den Vorgang hinsichtlich der Betroffenheit von Schutzgebieten der Kategorien Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Biosphärenreservat/Kern- und Pflegezonen, Nationalpark und Nationales Naturmonument geprüft. Die Zuständigkeit für die Prüfung aller anderen naturschutzrechtlichen Belange liegt vollständig bei der unteren Naturschutzbehörde. Im hier vorliegenden Verfahren liegt die Zuständigkeit für die Wahrnehmung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege vollständig bei der unteren Naturschutzbehörde im örtlich zuständigen Landratsamt.

Abteilung 4: Wasserwirtschaft I - Flussgebietsmanagement, Hochwasserschutz

Hinweis

Die Abteilung 4 nimmt nicht als verwaltende Stelle des wasserwirtschaftlichen Grundbesitzes der öffentlichen Hand Stellung. Die privatrechtlichen Belange (Kauf, Verkauf, Dienstbarkeiten, Auflösung von Pachtverträgen etc.), die bei einer Projektumsetzung erforderlich werden, hat der Projektträger im Zuge der (Teil-)Projektumsetzung mit der Thüringer Landgesellschaft mbH, Abteilung Liegenschaften, abzustimmen und zu vereinbaren.

Belange Hydrologischer Landesdienst, Überschwemmungsgebiete

Geschäftszeichen: 5070-41-4591/2894-4

□ keine Betroffenheit
□ keine Bedenken
□ Bedenken/Einwendungen
□ Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Überschwemmungsgebiete

Ansprechpartnerin: Kati Nowak Tel.: +49 361 57 3943 329

E-Mail: Kati.Nowak@tlubn.thueringen.de

Der Geltungsbereich der 11. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) überschneidet sich mit dem Überschwemmungsgebiet (ÜSG) der Bere, welches durch Rechtsverordnung vom 01.10.2009 (ThürStAnz. Nr. 46/2009, S. 1792) festgesetzt wurde.

Das ÜSG wurde gemäß § 5 Abs. 4a Satz 1 BauGB in der Darstellung des FNP nachrichtlich übernommen.

Die Schutzbestimmungen der §§ 78, 78a und 78c Wasserhaushaltsgesetz (WHG) gelten.

Die Überschneidungsfläche wird durch die hiesige Planung als Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Hausgärten" ausgewiesen. Die Planung erklärt die Errichtung neuer baulicher Anlagen für unzulässig. Hiergegen bestehen keine Bedenken.

Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten (HQ200)

Im Gelfungsbereich der 11. Änderung des FNP sind zudem auch Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten vorhanden (Bere). Diese sollten gemäß § 5 Abs. 4a Satz 1 BauGB ebenfalls nachrichtlich in die Darstellung des FNP übernommen werden.

Für die Risikogebiete außerhalb der Überschwemmungsgebiete gelten die Bestimmungen des § 78b WHG.

Belange Stauanlagenaufsicht

Ansprechpartnerin: Kati Nowak Tel.: +49 361 57 3943 329 E-Mail: Kati.Nowak@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-42-4591/2894-4 X keine Betroffenheit keine Bedenken Bedenken/Einwendungen Stellungnahme, Hinweise, Informationen Belange Gewässerunterhaltung Ansprechpartnerin: Kati Nowak Tel.: +49 361 57 3943 329 E-Mail: Kati.Nowak@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-44-4591/2894-4 \boxtimes keine Betroffenheit keine Bedenken Bedenken/Einwendungen Stellungnahme, Hinweise, Informationen Belange Wasserbau Ansprechpartnerin: Kati Nowak Tel.: +49 361 57 3943 329 E-Mail: Kati.Nowak@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-45-4591/2894-4 \boxtimes keine Betroffenheit keine Bedenken Bedenken/Einwendungen Stellungnahme, Hinweise, Informationen

<u>Abteilung 5: Wasserwirtschaft II - Siedlungswasserwirtschaft, Zulassungsverfahren</u>

Hinweis

Diese Stellungnahme berücksichtigt nur die Belange der Wasserwirtschaft, für die die obere Wasserbehörde gemäß § 61 Abs. 2 ThürWG zuständig ist. Die von der unteren Wasserbehörde (§ 61 Abs. 1 ThürWG) zu vertretenden Belange sind nicht berücksichtigt und gesondert abzufragen.

Belange Wasserrechtliche Zulassungsverfahren/Wismut/Kali

Ansprechpartnerin: Kati Nowak Tel.: +49 361 57 3943 329

E-Mail: Kati.Nowak@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-52-4591/2894-4

X	keine Betroffenheit
	keine Bedenken
	Bedenken/Einwendungen
	Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Belange Grundwasser, Wasserschutzgebiete

Ansprechpartnerin: Petra Panther Schnürer

Tel.: +49 361 57 3943 894

E-Mail: Petra.Panther@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-53-3447/1646-3

keine	Betroffenheit

keine Bedenken

☐ Bedenken/Einwendungen

Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Das Plangebiet befindet sich in der mit dem Beschluss Nr. 62-14/76 vom 08.07.1976 und dem Ergänzungsbeschluss Nr. 62-14/76 vom 25.04.1985 des Kreistages Nordhausen für mehrere Wassergewinnungsanlagen festgesetzten Schutzzone III des Wasserschutzgebietes Zorgeaue. Die Beschlüsse wurden gemäß Art. 9 Abs. 1 Satz 1 Einigungsvertrag in heutiges Recht übergeleitet. Somit hat das Wasserschutzgebiet gemäß § 130 Abs. 2 ThürWG und § 106 Abs. 1 WHG weiterhin Bestand. Im Schutzgebiet gelten die Verbote und Nutzungsbeschränkungen der genannten Beschlüsse.

Auf die Lage in der Schutzzone III wurde im Erläuterungsbericht bereits eingegangen. Die Planzeichnung bedarf der Aktualisierung.

Die im Plan noch dargestellte Schutzzone II (die den räumlichen Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umschließt) wurde aufgehoben. Im Planungsbereich ist nur noch die o. g. Schutzzone III vorhanden.

Das Symbol "GW III" ist missverständlich angeordnet. Es wird gebeten, dieses in die Schutzzone III zu verschieben.

Der Verlauf der Wasserschutzgebiete ist online im Kartendienst des TLUBN auch zum Download verfügbar (dort unter "Wasserwirtschaft/Gewässerschutz"/"Wasser- und Heilquellenschutzgebiete"/"Einzelthemen"/"Wasser- und Heilquellenschutzgebiete").

Abteilung 6: Technischer Umweltschutz - Genehmigungen

Belange Immissionsschutz

Ansprechpartner: Jürgen Jacobi Tel.: +49 361 57 3943 847

E-Mail: juergen.jacobi@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-61-3447/1646-3

X	keine Betroffenheit
	keine Bedenken
	Bedenken/Einwendungen
	Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Belange Abfallrechtliche Zulassungen

Ansprechpartnerin: Anja Funke Tel.: +49 361 57 3943 857

E-Mail: anja.funke@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-64-3447/1646-3

X	keine Betroffenheit
	keine Bedenken
	Bedenken/Einwendungen
	Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Abteilung 7: Technischer Umweltschutz - Überwachung

Belange Immissionsüberwachung

Tel.: +49 361 57 3943 669
E-Mail: maria.hahn@tlubn.thueringen.de
Geschäftszeichen: 5070-71-3447/1646-3

□ keine Betroffenheit
□ keine Bedenken
□ Bedenken/Einwendungen
□ Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Belange Abfallrechtliche Überwachung

Ansprechpartnerin: Anja Funke Tel.: +49 361 57 3943 857

Ansprechpartnerin: Maria Hahn

E-Mail: anja.funke@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-74-3447/1646-3

⋈ keine Betroffenheit
 □ keine Bedenken
 □ Bedenken/Einwendungen
 □ Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Abteilung 8: Geologischer Landesdienst und Bergbau

Hinweise zum Geologiedatengesetz (GeolDG)

Geologische Untersuchungen - Erdaufschlüsse (Bohrungen, Messstellen) sowie geophysikalische oder geochemische Messungen - sind gemäß § 8 Geologiedatengesetz (GeolDG) spätestens zwei Wochen vor Baubeginn unaufgefordert beim Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) anzuzeigen. Weiterhin sind die Ergebnisse (Bohrdokumentation, Messdaten, Test- und Laboranalysen, Pumpversuchsergebnisse, Lagepläne u. ä.) gemäß § 9 GeolDG spätestens drei Monate nach Abschluss der Untersuchungen unaufgefordert durch die Auftraggeber oder die beauftragten Firmen vorzugsweise elektronisch zu übergeben. Es wird gebeten, in den Ausschreibungs- und Planungsunterlagen auf diese Pflicht hinzuweisen. Für die digitale Übermittlung ist das Onlineportal "Bohranzeige Thüringen" (bohranzeige.thueringen.de) zu verwenden. Ist dies nicht möglich, so kann die Anzeige als PDF-Formular übermittelt werden. Informationen hierzu, Links zum Anzeigeformular sowie zu Merkblättern und Downloads sind unter tlubn.thueringen.de/geologie-bergbau/geologie-und-boden/geologiedatengesetz verfügbar.

Rechtsgrundlagen sind das "Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben" (Geologiedatengesetz, GeolDG) in Verbindung mit der "Thüringer Bergrecht- und Geologiedaten-Zuständigkeitsverordnung" (ThürBGZustVO).

Eventuell im Planungsgebiet vorhandene Bohrungsdaten können unter <u>www.infogeo.de</u> online recherchiert werden.

Belange Geologie/Rohstoffgeologie

Ansprechpartnerin: Angela Nestler Tel.: +49 361 57 3941 625

E-Mail: angela.nestler@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-82-3447/1646-3

\boxtimes	keine Betroffenheit	
	keine Bedenken	
	Bedenken/Einwendungen	
П	Stellungnahme, Hinweise, Informatione	ər

Belange Ingenieurgeologie/Baugrundbewertung

Ansprechpartner: Michael Klose

Tel.: +49 361 57 3941 622 E-Mail: michael.klose@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-82-3447/1646-3		
	keine Betroffenheit	
	keine Bedenken	
	Bedenken/Einwendungen	
\boxtimes	Stellungnahme, Hinweise, Informationen	

Stellungnahme, Hinweise, Informationen

Die Ausführungen der vorangegangenen Stellungnahme zum Bebauungsplan "Eberthof" vom 14.11.2019 zu den Belangen der Ingenieurgeologie/Baugrundbewertung (GZ: 5070-82-3447/35-2) besitzen auch für die 11. Änderung des FNP Gültigkeit:

"Im Vorhabengebiet befinden sich im oberflächennahen Bereich Gesteine des Zechsteins. Südlich des Vorhabengebietes werden die Gesteine des Zechsteins vorrangig aus wasserlöslichen (subrosionsfähigen) Evaporitgesteinen wie Gips und Anhydrit aufgebaut. Die Subrosion der Evaporite kann zum Auftreten von Lösungshohlräumen und damit verbundenen Georisiken wie Erdfällen oder -senken führen. Im Vorhabengebiet stehen unterhalb der quartären Lockergesteinsbasis Karbonate des Zechsteins an. Diese besitzen ein deutlich verringertes Lösungspotential.

Dem TLUBN sind im Vorhabengebiet keine Erdfälle oder -senken bekannt. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass im Vorhabengebiet zukünftig Erdfälle oder -senken auftreten oder ältere, bereits verfüllte und an der Erdoberfläche nicht mehr erkennbare Erdfälle oder -senken vorhanden sind. Die Baugrunderkundung sollte daraufhin angepasst werden."

Belange Hydrogeologie/Grundwasserschutz

Ansprechpartner: Matthias Strobel Tel.: +49 361 57 3941 630

E-Mail: matthias.strobel@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-82-3447/1646-3

	keine Betroffenheit
\boxtimes	keine Bedenken
	Bedenken/Einwendungen
П	Stellungnahme Hinweise Informationer

Belange Geotopschutz

Ansprechpartner: Matthias Strobel Tel.: +49 361 57 3941 630

	atthias.strobel@tlubn.thueringen.de szeichen: 5070-82-3447/1646-3	
\boxtimes	keine Betroffenheit	
	keine Bedenken	
	Bedenken/Einwendungen	
	Stellungnahme, Hinweise, Informationen	
Ansprechpartner: Stephan Prantl Tel.: +49 361 57 3927 446 E-Mail: stephan.prantl@tlubn.thueringen.de Geschäftszeichen: 5070-86-3447/1646-3		
\boxtimes	keine Betroffenheit	
	keine Bedenken	
	Bedenken/Einwendungen	
П	Stellungnahme Hinweise Informationen	



Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Fachbereich Archäologische Denkmalpflege, Petersberg 12, 99084 Erfurt

info@meiplan.de

Niedersachswerfen FNP Bereich Eberthof 11. Änderung Vorentwurf der Gemeinde Harztor

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen o. g. Planänderung bestehen seitens der Abteilung Bodendenkmalpflege des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie keine grundsätzlichen Einwände. Aus der Umgebung des Baufeldes sind bislang keine archäologischen Fundstellen bekannt. Bei Erdarbeiten muss dennoch mit dem Auftreten von markanten Bodenverfärbungen, auffälligen Häufungen von Steinen oder Mauerresten sowie von Bodenfunden wie Scherben, Knochen, Metallgegenstände, Steinartefakte (Bodendenkmale gemäß § 2 Ziff. 7 - ThürDschG) und Ähnlichem gerechnet werden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die gesetzliche Meldepflicht gemäß § 16 ThürDschG. Auftretende Fundstellen sind bis zur Begutachtung durch das TLDA abzusichern und im unveränderten Zustand zu erhalten. Die beteiligten Baufirmen sind auf diese Bestimmungen hinzuweisen.

Vom Fachbereich Bau- und Kunstdenkmalpflege wird keine Stellungnahme zu o.g. Planung abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

gez. Dr. Daniel Scherf

(ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Verteiler: Landratsamt Nordhausen

denkmalschutz@lrandh.thueringen.de

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Dr. Daniel Scherf

Durchwahl

Telefon +49 (361) 57-3223 382 Telefax +49361 573414 390

E-Mail

Daniel.Scherf@ tlda.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom: 23.09.2025

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben) 5060-VZ -4621/259-1-25570/2025

Erfurt, den 06.10.2025